

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
(ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)
Insertionspreis pro schweizerische Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 134

Samstag, den 9. November 1918

69. Jahrgang

Zweites Blatt.

Wilson und der Friede der Gerechtigkeit.

Seitdem Amerika in den Krieg gegen uns eingetreten ist, hat sich vielfach die Ansicht verbreitet, Präsident Wilson sei auch dem Vernichtungswillen unserer Gegner beigetreten. Veranlassung zu dieser Auffassung gaben Worte von ihm, in denen er „Gewalt bis zum äußersten“ forderte. Sie ist aber irrig. Er stand bereits im Januar 1917 auf dem Boden seiner im Januar 1918 ausgesprochenen vierzehn Programmpunkte und hat noch bis in die letzte Zeit hinein häufig wiederholt, daß sein Streben einem Frieden der Gerechtigkeit diene; die von ihm geforderte „Gewalt bis zum äußersten“ galt dem System, das nach seiner Auffassung nicht die Garantie für einen dauernden und gerechten Frieden bot. In Vorträgen und Reden vor- und nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten hat er mehrfach das auszusprechen Gelegenheit genommen. Für ihn liegt der Schwerpunkt der ganzen Friedensfrage in der Vermeidung späterer Kriege, die sich ihm als erreichbar darstellte in einem Völkerverbund, dessen Grundlage Gleichberechtigung aller Völker und somit Gerechtigkeit beim Abschluß des jetzigen Weltkrieges sein muß.

In seiner Rede vom 29. September 1918 in New-York fordert er: Die unparteiliche Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung mit sich bringen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstrafungen, sondern nur gleiche Rechte für alle beteiligten Völker.

Ebenso betont er die von ihm geforderte Gerechtigkeit in einer Ansprache im Kongress am 11. Februar dieses Jahres: „Was wir erringen wollen, ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf den weisesten und umfassendsten Grundfähn von Recht und Gerechtigkeit. ... Was wir suchen, ist ein Friede, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrechterhalten können, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig und ein Akt der Gerechtigkeit ist. Wir glauben, daß unser Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in der die Vernunft, die Gerechtigkeit und das allgemeine Menschheitsinteresse regieren, das Verlangen der aufgestellten Menschheit überall ist.“

Ganz besonders beschäftigt sich Wilson in seiner Rede vom 8. Januar 1918, in der er auch die bekannten vierzehn Programmpunkte ankündete, mit dem Grundgedanken der Gerechtigkeit.

Wir verlangen nur, daß das Leben in der Welt würdig und sicher gemacht werde, insbesondere für jede friedliebende Nation, die von Seiten anderer Völker der Welt der Gerechtigkeit und Billigkeit, nicht der Gewalt und selbstlicher Angriffslust gewärtig sein mußte. ... Wir wollen Deutschland weder mit den Waffen, noch durch feindselige Handelsabkommen bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Völkern der Welt zu Verträgen über Recht und Gerechtigkeit ... zu einigen. Wir wünschen ihm nur einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt, nicht einen Herrscherplatz. ... Durch das ganze von mir gekennzeichnete Programm läuft ein klar ersichtlicher Grundgedanke: Es ist der Grundgedanke der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten und ihr Recht auf gleiche Bedingungen der Freiheit und Sicherheit, seien sie stark oder schwach. Eine nicht dieser Grundgedanke das Fundament geworden ist, kann kein Teil des Aufbaues internationaler Gerechtigkeit standhalten.“

In einer Ansprache an den Kongress vom 5. Dezember 1917 sprach Wilson über den Preis, der für den Frieden ohne Murren gezahlt werden müsse, und sagte:

„Wir wissen, was dieser Preis sein wird: es wird volle, unparteiliche Gerechtigkeit sein — Gerechtigkeit bezüglich jeder Frage und jeder Nation, auf die sich die schließliche Auseinandersetzung beziehen muß.“

Das alles sind Worte Wilsons, in denen er einen Frieden der Gerechtigkeit fordert, bereits nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Im Januar 1917 hatte er eine Friedensbotschaft an den amerikanischen Senat erlassen, die sich mit unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und den dadurch in der ganzen Welt aufgeworfenen Fragen beschäftigte. Die bisher angeführten Worte lassen sich deutlich als Wiederholungen und Weiterführungen seiner in dieser Friedensbotschaft niedergelegten Ansichten erkennen. Auch hier hat er schon betont, daß es „ein Friede werden muß, ohne Sieg“.

Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben, nur ein Friede, dessen Grundprinzip die Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft an dem gemeinsamen Nutzen ist. Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein.“

Auch beim Beginn seiner zweiten Präsidentschaftsperiode am 6. März 1917, ebenfalls noch vor dem Ausbruch des Krieges zwischen uns und Amerika, betonte er, daß „alle Nationen gleiches Interesse an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens“ haben müßten.

Aus alledem geht hervor, daß der Wilsonsche Grundgedanke, einen Frieden der Gerechtigkeit herbeizuführen, be-

reits zur Zeit der amerikanischen Neutralität bestanden hat und bis auf den heutigen Tag fortentwikkelt worden ist. Ob die Alliierten es ihm ermöglichen werden, einen solchen Frieden tatsächlich herbeizuführen, ist eine andere Frage und wird sich in Wäde entscheiden. Die Macht hat er sehr wohl, trotz aller Gegnerschaft, in Händen; er braucht nur jede Unterstützung zu verweigern, und er wird sehen, daß er den überwiegenden Teil der Menschheit auf seiner Seite hat, die ihn tatkräftig unterstützen wird. Wir haben uns seinen Anschauungen und Forderungen reiflich angeschloffen; an uns kann somit nicht mehr die Schuld liegen, falls ein Friede der Gerechtigkeit nicht erreicht werden sollte.

Zur Note Wilsons.

Presstimmen.

Berlin, 7. Nov. Ueber die letzte Wilson-Note liegen folgende Presstimmen vor:

„Kreuzzeitung“: Wir müssen uns jetzt klar sein: Deutschland ist besiegt, Deutschland wird einen Unterwerfungsfrieden annehmen, sein Schicksal ist besiegelt. Wir gedenken heute voll tiefer Trauer aller der Helden, die der Rasse bedt, die umsonst geblutet haben. — „Deutsche Tageszeitung“: Die Note stellt fest, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern wiederhergestellt werden müssen. Wenn die deutsche Regierung den Grundgedanken des deutschen Präsidenten so versteht und annimmt, so gibt sie zu, daß Deutschland der Angreifer gewesen sei, denn offenbar leitet die Lansing-Note den Anspruch auf derartige unbegrenzte Entschädigungen aus der Voraussetzung ab, daß das Deutsche Reich der Angreifer gewesen sei.

„Tägliche Rundschau“: Jede Note Wilsons verneint einige der Missionen, mit denen bei uns sein Friedenswerk begleitet wurde. Er wird immer aufrichtiger, und seine Aufrichtigkeit bedeutet stets verschärfte Bedingungen für uns und Zerstörung von Hoffnungen, die man auf Grund der 14 Punkte da und dort noch hegte. — „Deutsche Zeitung“: Die Stunde des Herrn Erzberger hat geschlagen. Wir sind gespalten, ob er sein Wort wahr machen kann, oder vielmehr, wir sind nicht gespalten. Wenn es auch länger als eine Stunde dauern wird, den Frieden bringt er uns, das heißt, den Wilsonsfrieden der restlosen Kapitulation des deutschen Volkes. — „Post“: Leider haben Wilsons verbündete Regierungen, die Engländer und Franzosen schon einige Absätze gemacht, die nichts Gutes für die Zukunft erwarten lassen. — „Lokal-Anzeiger“: Aufgabe unserer Friedensunterhändler wird es sein, in erster Reihe daraufhin zu arbeiten, daß das Wilsonsche Programm auch in denjenigen Punkten, in denen seine Verbündeten schon jetzt von ihm entfernt sind, nach Möglichkeit zur Anerkennung gelangt. — „Vorwärts“: Der letzte Schuß im Weltkriege wird wohl in dieser Woche noch verhallen. Die deutsche Regierung hält Wort: sie macht Frieden. Dieser Friede wird hart sein für das deutsche Volk, wie die Note Wilsons zeigt, aber er ist notwendig geworden, nachdem die wahnsinnige Weltpolitik der früheren Machthaber elend zusammengebrochen ist. — „Morgenpost“: Wer nicht zum Verbrecher an seinem Volke werden will, der raffe sich jetzt auf zu dem stillen und festen Entschluß, aufbauen zu helfen, was verwüstet ist und weitere Verwüstungen zu verhindern. — „Berliner Tageblatt“: Das deutsche Volk hat es nicht als eine Schmach zu empfinden, wenn es nach so vielen Taten und Entbehrungen, während seine Front noch heldenhaft Widerstand leistet, auf eine Fortsetzung des Kampfes, den es allein gegen die Welt führen muß, in ruhiger Ueberlegung verzichtet und seine Kräfte für neue Arbeit erhalten will.

Der Aufruf des Reichskanzlers.

Zu dem in voriger Nummer veröffentlichten Aufruf wird uns geschrieben:

Die Wahrung des Reichskanzlers zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Bewahrung der Würde und Ruhe und zur Selbstzuegelung an das Volk hätte nicht zu sein brauchen. Die Stunden sind wirklich zu ernst, als daß wir uns dieselben selbst noch schwerer machen sollten. Mit ungestümmen Drängen und leidenschaftlichen Aufwallungen ist weder ein schneller Abschluß des Waffenstillstandes, noch ein baldiger Friede zu erzwingen. Im Gegenteil, wir schaden uns selbst und schneiden uns immer noch mehr ins eigene Fleisch. Das muß doch jeder vernünftige Mensch einsehen. Je verworrener das Bild ist, das unsere Lage ihnen bietet, desto weniger werden sie geneigt sein, unserem sehnsüchtigen Verlangen nach einem raschen Ende der Menschenschlächtere und einem ehrenvollen Frieden zu entsprechen. Nur durch eine mannhaft, würdige Haltung des deutschen Volkes lassen sich unsere Gegner imponieren. Dieser Aufruf scheint veranlaßt zu sein durch die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen in München, Kiel und Hamburg abgespielt haben. Noch läßt sich ihre Entschuldigungsursache nicht mit Bestimmtheit feststellen. Es ist möglich, daß sie eine Wirkung der bolschewistischen Wühlereien sind. Das deutsche Volk darf aber nicht die Wege des russischen Wandels, die nur zum Chaos, zur Auflösung aller Ordnung, zur Ohnmacht des Vol-

kes und zur Unsicherheit der Person und des Eigentums führen. Bewahren wir doch jetzt und weiterhin Ruhe, Würde und Selbstzucht! Unterwerfe sich doch ein Jeder dieser vornehmsten Forderung der schicksalsschweren Stunde, in der wir leben.

Noch sieht unsere Westfront. Wenn sich unsere Gegner sich jeden Rest des Anstandes begeben sollten, indem sie Oesterreich als Aufmarschgebiet benützen, und von da aus die ganze Welt gegen uns heben, gleich dem Störferhältnis eines Elefanten zur Biene, so werden auch sie hier erleben, daß das deutsche Wienwolk emsig zum Schutze seiner Grenzen, in Schlesien und Sachsen sowohl, wie in Bayern, vorgesorgt hat, und daß die deutsche Biene immer noch imstande sein wird, manchen schmerzenden Stachel zu hinterlassen. Ein feindlicher Einmarsch in Bayern wird zudem in Bayern von militärischen Sachverständigen als unmöglich erklärt, da wir weitere bayerische Alpenstellungen bezogen haben und außerdem auf Wunsch des österreichischen Nationalrates deutsche Truppen in Tirol eingerückt sind. Verunrathen wir uns deshalb nicht noch unnötiger. Das Ende wird für uns hart sein, aber vielleicht doch nicht so hart, daß auch noch unser Land verwüstet wird. Wir erwarten immer noch einen etwas lichten Ausblick für unsere Zukunft und ein baldiges Ende des Menschenmordens. Wir erwarten auch, daß, sobald der Waffenstillstand geschlossen ist, die Ernährung für uns etwas reichlicher wird.

Siegesreden.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 7. Nov. Die französische Deputiertenkammer hat eine große Sitzung. Sämtliche Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps waren anwesend. Der Vorsitzende Deschanel eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache und verlangte Wiederherstellung Serbiens und feierte die letzten Siege Italiens. Der Minister des Aeußern, Pichon, stimmte im Namen der Regierung diesen Erklärungen zu. Alsdann erhielt Clemenceau das Wort. Er verlas den Wortlaut des Waffenstillstandes mit Oesterreich-Ungarn. (Fortgesetzt wurde er von Weisall unterbrochen.) Clemenceau wehrte ab mit den Worten: „Alles, was ich getan habe, hat Frankreich mit Ihrer Hilfe getan! (Stimme auf der äußersten Linken: Es ist ein Verbrechen!) Clemenceau: Wenn es ein Verbrechen ist, dann habe ich es für Frankreich begangen.“ Der Nationalist Bernard ruft: Er ist der Befreier des Vaterlandes! Clemenceau verliest den Wortlaut des Abkommens weiter. Von einem Vorbehalt Oesterreichs, falls die Entente von österreichischem Gebiet aus Deutschland angreifen will, hört man nichts. Im Gegenteil sind in Artikel 4 die Rechte der Entente mit dem Eigenschaftswort „absolut“ versehen, was jeden Vorbehalt ausschließt. Bei dem Satze, der den Truppen der Entente das Befehlsrecht zur Aufrechterhaltung der Ordnung zugesetzt, fragt eine Stimme links: „Gegen wen?“, was einigen Lärm veranlaßt. Die Verlesung war zu Ende. Der Weisall war stark. Clemenceau erzählte nun Dinge von der Konferenz der Alliierten, die, wie er sagte, beendet sei. Die drei Herrscherhäuser, deren der deutsche Kaiser bedurfte, hätten ihn jetzt im Stich gelassen. Auch der Waffenstillstand für Deutschland sei festgesetzt worden. Präsident Wilson würde, wenn er es für nötig erachte, die kaiserlich-demokratische Regierung hiervon benachrichtigen. (Weisall und Heiterkeit.) Die Fassung dieses Dokuments sei von dem nämlichen Geist befeelt, der die übrigen drei Waffenstillstandsverträge bestimmt habe. Er enthalte die Sicherheit der Truppen, die Behauptung unserer militärischen Ueberlegenheit, die Unterwerfung des Feindes.“ (Der Abg. Riquier von St. Quentin ruft: Und die Heimkehr der Zivilbevölkerung!) Clemenceau hebt seine Stimme: Seien Sie versichert, daß ich das nicht vergessen habe.) (Weisall.) Ich bin der letzte Ueberlebende, die im Jahr 1871 den Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens mitunterzeichnet haben. Der Friede ist vielleicht heute nicht so nahe, als manche glauben. Aber er ist gewiß und ich habe die Pflicht, denjenigen zu huldigen, die niemals an unserer Erhebung gezweifelt haben, wie Gambetta, Chanzy, Scheurer-Kessner und Auz, der letzte Bürgermeister von Straßburg. Aber vor dem Frieden müssen wir an unsere Pflicht denken. Unser Land ist verwüstet. Auf den notwendigen Ausgleich können wir nicht verzichten. Worin sind eitel. Zur Tat muß jetzt geschritten werden. Wenn wir keine Bundesgenossen gehabt hätten, hätten wir nicht triumphiert, und auch unsere Bundesgenossen hätten nicht allein triumphieren können. Solidarität mit allen Bundesgenossen muß unsere Parole sein. Wir müssen umlernen, und dürfen sie uns nicht wieder zu Feinden machen. Wir haben die Republik gemacht und sie im Frieden bewahrt. Sie hat uns im Krieg gereitet. (Stürmischer, allgemeiner Weisall.) Wir haben den Krieg gewonnen. Ich sehe mich nach dem Augenblick, wo die Ereignisse, mir gestatten, mich zurückzuziehen. Es ist schön, die Menschheit zu lieben, man muß aber noch mehr Frankreich lieben. Wir müssen Brüder sein, und wer uns fragt, wer uns unsere Gedanken eingibt, dem werden wir antworten, Frankreich will es, Frankreich will es! (Weisall auf fast sämtlichen Bänken des Hauses.) Der Sozialist Mayeras bringt seine Interpellation über das Friedensprogramm Wilsons in Erwäh-

rung. Der Minister des Äußern Pichon antwortet, daß die Regierung keine Interpellation über diesen Gegenstand annehmen könne. Renaudel: Ich bin der Meinung, daß das Land der Aufklärung bedarf, und bringe deshalb eine Interpellation ein über die Erklärungen der Regierung. Man hat von einem Rechtsfrieden gesprochen, und ich glaube nicht, daß dem Parlament die Friedensbedingungen vorenthalten werden können, die im Journal de Geneve erschienen. Clemenceau: Dafür kann man mich nicht verantwortlich machen, wie die Notiz an das Genfer Blatt gelangt ist. Renaudel: Ich verlange jedenfalls, daß am Freitag über meine Interpellation verhandelt wird. Mayeras: Meine Absicht ist vor allem, die Regierung zur Erklärung zu veranlassen, ob sie mit den 14 Punkten des Friedensprogramms Wilson einverstanden ist. Präsident Deschanel: Ich bitte den Redner, nicht auf den Inhalt der Interpellation einzugehen. Mayeras: Alle, die jetzt schweigen, werden später Reue haben. Minister des Äußern Pichon: Derartige Dispositionen können den Glauben erwecken, als ob zwischen Wilson und der französischen Regierung Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das würde unseren nationalen Interessen entgegenstehen, und deshalb können wir nicht antworten. Mayeras: Präsident Wilson hat immerhin sehr bestimmte Fragen gestellt, auf die geantwortet werden müßte. Warum also nicht auch uns antworten?

Die Verhandlung der Interpellation Mayeras wird sodann mit 430 gegen 57 Stimmen auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Interpellation Renaudel wird, nachdem der Minister des Äußern die kurze Frage gestellt hatte, ebenfalls auf unbestimmte Zeit vertagt, und zwar mit 410 gegen 62 Stimmen. Die Sozialisten haben also nur zum Teil gegen die Regierung gestimmt.

Aus dem englischen Unterhaus.

W. Haag, 7. Nov. (Reuter.) Im englischen Unterhaus teilte Lloyd George unter großem Beifall die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn mit. Falls die deutsche Regierung ihre Bedingungen kennen zu lernen wünsche, müßte sie ein Ersuchen an General Foch in der gebräuchlichen Weise richten. Geschieht dieses, dann werden die Vertreter der englischen Flotte sich zur Konferenz mit Foch vereinen. Einerlei, wie die Antwort ausfällt, die alliierten Regierungen erwarten das Ergebnis mit absolutem Vertrauen. Lloyd George machte dann Mitteilungen, welche Staaten auf der Konferenz in Versailles vertreten waren und sagte dann weiter: Die erste Frage, die zur Verhandlung stand, war, die Türkei ein für allemal aus dem Kriege auszuschalten. Die Bedingungen, die wir diesem Staate auferlegt haben, betreffen nicht nur Deutschland seines Bundesgenossen im Osten, sondern geben auch den alliierten Regierungen die Autorität im Schwarzen Meer, was für die weitere Kriegsführung von größter Wichtigkeit ist.

Auch Reuter meldet aus London, daß die Alliierten in ihrem Waffenstillstandsvertrage mit Oesterreich-Ungarn sich das absolute Recht vorbehalten hätten, militärische Operationen auf ihrem Gebiete auszuführen, sobald sich diese erforderlich machten. Eisenbahnen und Wasserwege müßten zur freien Verfügung gestellt werden, Requisitionen gegen Bezahlung. Die neutralen Länder hätten dies in verhältnismäßiger Form veröffentlicht.

Die Vorgänge in Oesterreich.

Wien ruhig.

W. Wien, 7. Nov. Wien ist bislang ruhig gewesen. Der Abtransport der Kriegsgefangenen geht ununterbrochen ohne Unordnung vonstatten.

Die Lage in Ungarn.

W. Wien, 7. Nov. Der Korrespondent des Neuen Wiener Tagblattes meldet aus Budapest: Während in Budapest auch heute noch größte Ruhe und Ordnung herrscht, kommen aus der Provinz ernste Nachrichten. In vielen Gemeinden der kleinen Karpaten verlagte der verheerliche Pöbel die Behörden. Überall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrates verbreitet. Aus den Gemeinden der ungarischen Grenze werden die ungarischen Stuhlrichter und Notare verjagt. In Südungarn kam es ebenfalls zu Unruhen.

Kaiserin Zita in der Schweiz.

(b.) Berlin, 7. Nov. Laut Verl. Tagbl. aus Bern erhält sich trotz Dementis das Gerücht, die Kaiserin Zita sei im Schloss Warte in der Schweiz eingetroffen. Graf Lerchold weist in Bern, jedenfalls um Vorbereitungen für den Aufenthalt Kaiser Karls zu treffen.

Blutige Zusammenstöße in Triest.

a. Zürich, 6. Nov. Nach schweizerischen Blättern ist es in Triest abermals zu erheblichen Zusammenstößen zwischen italienischen Landungstruppen und Südslawen gekommen.

W. Muzak, 7. Nov. Zwischen Rußland und Montenegro sind über 100 000 österreichisch-ungarische Soldaten verstreut, die auf den Abtransport in die Heimat warten.

(b.) Wien, 7. Nov. Wie verlautet, wird der frühere Ministerpräsident Dr. v. Körber deutsch-österreichischer Gesandter in Berlin werden.

Zu den Wahlen in Amerika.

W. New-York, 7. Nov. Reuter. Die demokratischen Blätter „The World“ und „New York Times“ geben zu, daß die Republikaner im nächsten Kongress die Mehrheit haben werden. „New York Times“ behauptet, daß die Republikaner im Senat eine Mehrheit von vier und im Repräsentantenhaus von 19 Vertretern haben werden.

Tagesgeschichte.

Gesamtfrage und Kaiserfrage.

W. Berlin, 7. Nov. Der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten haben in mehrstündiger Beratung die Gesamtfrage durchberaten und einstimmig folgende Resolution beschlossen: Fraktion und Parteiausschuß fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Fraktion und Parteiausschuß fordern die Am-

nestie für alle militärischen Vergehen und Straftaten der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergehen haben. Sie fordern unverzüglich die Demokratisierung der Regierung, sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Fraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichstagsrat mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern.

Schutz der bayerischen Grenze.

W. München, 7. Nov. Kriegsminister von Hellding hat folgenden Aufruf:

„Die Waffenstillstandsbedingungen, die unseren bisherigen österreichischen Verbündeten auferlegt worden sind, eröffnen dem Feinde die Möglichkeit, unsere Süd- und Ostgrenze militärisch zu bedrohen. Das bayerische Volk, das in diesem Krieg bewundernswerten Opfern gezeigt hat, kann auch dieser Möglichkeit zuversichtlich entgegengehen. Zu einer Beunruhigung liegt kein Anlaß vor. Es sind Vorkehrungen für den Schutz der Heimat getroffen und im Gange. Die Bevölkerung darf das höchste Vertrauen haben, daß sie rückhaltlos davon unterrichtet wird, falls wider Erwarten eine unmittelbare Gefährdung des Landes eintreten sollte. Deshalb Ruhe und Zuversicht.“

Aufruf an die bayerische Bevölkerung.

W. München, 8. Nov. Der Minister des Innern v. Brettreich erläßt an die Bevölkerung von Bayern einen Aufruf, worin er mitteilt, daß die Waffenstillstandsverhandlungen im Gange und baldigst zum Abschluß kommen werden. Die Bevölkerung hat während des Krieges Entbehrungen, Sorge und Leid starken Herzens in ruhiger Besonnenheit getragen. Jetzt gilt es erst recht, Ruhe und Ordnung zu wahren. Innere Unruhen anzufachen, hieße den Krieg nochmals beginnen. Die Verluste, die uns der Krieg gekostet, würden sinnlos durch neue vermehrt. Die Gefahr der Hungersnot wäre unabwendbar. Tue jeder seine Pflicht. Die Bevölkerung darf überzeugt sein, daß sie gegen jegliche Willkür und Gewalttaten ausreichenden Schutz finden wird, den das ganze Volk von seiner Regierung erwartet.

Keine Beunruhigung.

W. Köln, 7. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Koblenz: Der Generalquartiermeister weist in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz darauf hin, daß kein Grund zur Beunruhigung der Bevölkerung der Rheinprovinz besteht. Die von militärischer Seite eingeleiteten Maßnahmen bezwecken lediglich, die Möglichkeit der Unterdrückung militärischer Einrichtungen für den Fall zu prüfen, daß es zu einem Waffenstillstand und zur Räumung der besetzten Gebiete im Westen kommen sollte, wodurch naturgemäß eine stärkere Besetzung der Westgrenze bedingt werden würde.

Zusammenstoß des Prinzen Heinrich mit Matrosen.

W. Hamburg, 7. Nov. Aus Kiel wird dem „Hamburger Fremdenblatt“ gemeldet, daß sich Prinz Heinrich mit der Prinzessin Heinrich und dem Prinzen Waldemar gestern in einem Kraftwagen in der Richtung nach Norden aus Kiel entfernten. Auf der Hochbrücke über dem Kaiser-Wilhelm-Kanal habe das Auto einen Zusammenstoß mit Matrosen. Es kam zu einer bishier noch nicht recht aufgeklärten Schieerei, wobei ein Matrose getötet wurde. Es gelang dem Prinzen, im Auto zu entkommen.

Die Vorgänge in Hamburg.

W. Köln, 7. Nov. Die „Köln. Ztg.“ berichtet aus Hamburg: Der in Hamburg gebildete Soldatenrat hat eine Bekanntmachung gegen jede Plünderung erteilt und dafür Todesstrafe angedroht. Die Amtsgebäude sind militärisch besetzt. Die militärischen Behörden haben ihre Befugnisse abgegeben. Jeder Hausverstoß mit der Innensicherheit ist eingestrichen. Vorortbahn, Hoch- und Untergrundbahn und Straßenbahn verkehren nicht. Auch der Fernverkehr ist abgeschnitten bis auf zwei Züge, die noch mit Reumünster in Holstein und Odessee in der Richtung Altona verkehren. Post und Telegraph arbeiten ungestört. Sie sind nicht besetzt worden.

Elßaß-Lothringen neutral?

W. Straßburg, 7. Nov. In Straßburg werden zurzeit Flugblätter angeschlagen und verteilt, in denen dagegen verwahrt wird, daß Elßaß-Lothringen der Zankapfel beider nachbarlicher Großstaaten ist. Es wird für einen neutralen Staat eingetreten. In einem Flugblatt heißt es u. a.: „Das Land und seine Städte gehören uns. Niemand soll uns unsere Eigenart nehmen. Die deutsche und französische Sprache sollen bei uns gleichberechtigt sein, und die Deutschen und Franzosen, die sich mit uns verbinden, sollen in unserem Lande als unsere Gäste willkommen heißen; aber unsere eigenen Herren wollen wir sein. Nur wenn Elßaß-Lothringen weder deutsch noch französisch ist, kann es dauernd Frieden in der Welt geben. Kein Blut soll mehr für uns vergossen werden, und wir wollen nie mehr Kanonensplitter für andere werden. Auf zur Freiheit! Keine Furcht! Es lebe die freie, neutrale Republik Elßaß-Lothringen!“

Wahlreformen.

W. Bremen, 8. Nov. Die Bürgerchaft hat in ihrer Sitzung die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer beschlossen.

(r.) Mecklenburg, 8. Nov. Auch in Mecklenburg soll das gleiche Wahlrecht eingeführt werden. Staatsminister Dr. Langfeld gab die Bildung von zwei Kammern bekannt, deren erste aus ausgewählten Vertretern der bisherigen Stände des Domaniums und der organisierten Berufsstände bestehen und die zweite ausschließlich aus Abgeordneten zusammengefaßt sein soll, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts zu wählen sind.

(b.) Weimar, 7. Nov. Das gesamte Staatsministerium hat demissioniert. Der Großherzog hat die Demission angenommen. Das Ministerium führt die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiter. Dann wird ein Ministerium aus Volkvertretern gebildet.

Allerlei Nachrichten.

Die neunte Kriegsanleihe.

(b.) Berlin, 7. Nov. In Großbankkreisen wird, der „Post“ zufolge, das Ergebnis der 9. Kriegsanleihezeichnung auf mindestens 9 Milliarden Mark geschätzt. Wahrscheinlich wird dieser Betrag überschritten werden.

Die letzten italienischen „Siege“.

W. Wien, 6. Nov. Die italienische Heeresleitung hat den mit der österreichischen Heeresleitung abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag bekräftigt. Am 3. November, 3 Uhr früh wurde an die österreichisch-ungarische Armee der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben. Acht Stunden später erhielt das Armeekommando, daß die italienische Heeresleitung ausdrücklich festgesetzt habe, die Feindseligkeiten erst 24 Stunden nach Unterzeichnung einzustellen. Das Armeekommando lehnte gegen dieses rechtswidrige Verhalten Verwahrung ein und wies auf die technische Unmöglichkeit hin, den dem eigenen Heere bereits erteilten Waffenstillstandsbeefehl zurückzunehmen und verlangte sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Die italienische Heeresleitung tat dies aber nicht, vielmehr führten u. a. auch im engen Alpenraum (1) italienische Panzerautos mit Maschinengewehren und Geschützen vor und erklärten kurz entschlossen die überholten Truppen — mehrere Divisionen — als gefangen. Auf Widerstand waren sie nicht gestoßen, da unsere Leute die Feindseligkeiten bereits für eingestellt hielten. Das Armeekommando protestierte gegen dieses Vorgehen und forderte die Freilassung aller auf so gewaltsame Weise gefangen genommenen Leute. Eine Antwort ist noch nicht eingetroffen. (Auf solche Art feierten die Italiener ihre letzten „militärischen“ Erfolge und sandten ein widerliches Siegesgeschrei in die Welt.)

Widerstand der feindlichen Sozialisten.

W. Köln, 8. Nov. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Genf: Die Pariser sozialistische Presse plant eine Kundgebung an Wilson, falls die Bedingungen allzu hart wären. Auch die Londoner Liga der Eisenbahner droht mit Streik, sowie Verweigerung der Abreise der Delegierten, falls nicht ein Friede ohne Annexionen erfolge.

W. Bern, 7. Nov. Die französische Presse beginnt in energischer Weise für die Eiderfassung einer internationalen sozialistischen Konferenz und für die Aufhebung der Sozialisten auf die künftige Gestaltung des Friedens einzutreten. Der Sozialistenverband des Seine-Departements beschloß, eine große Propaganda-Kampagne gegen die Chauvinisten zu entfachen und in ganz Paris Versammlungen abzuhalten. Der Vorstand der Sozialistenpartei schloß sich der Initiative an.

Volschewisten in der Schweiz.

(b.) Basel, 7. Nov. In den bolschewistischen Umtrieben in der Schweiz meldet die „Nationalzeitung“: Der Regierungsrat des Kantons Zürich, der gestern den ganzen Vormittag tagte, hat sich unter militärischen Schutz gestellt und seinen Amtssitz in die Kaserne verlegt. Alle neu ausgebotenen Truppen wurden nach Zürich beordert. Die Behörden sind Attentaten auf die Spur gekommen, die am Mittwoch und Donnerstag ausgeführt werden sollten. Außerdem wurden bolschewistische Unruhen geplant.

Kleine Nachrichten.

gl. Karlsruhe, 7. Nov. Die Oberpostdirektion Meß ist nach Karlsruhe verlegt worden.

W. Berlin, 7. Nov. Wie wir vom Kriegsministerium hören, sind Anordnungen getroffen worden, daß die Jahrgänge 1870—71, soweit sie nicht an den Kampfhandlungen beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

W. Briesen, 7. Nov. Der Kaiser hat den Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten über den überaus traurigen und folgenschweren Eisenbahnunfall bei Briesen (Märk) mit schmerzhaftem Bedauern entgegengenommen und den Minister beauftragt, den Hinterbliebenen der tödlich Verunglückten und den Verletzten seine herzlichste Teilnahme auszusprechen.

(b.) Wien, 8. Nov. Wie aus Belgrad gemeldet wird, ist König Peter in der serbischen Hauptstadt eingetroffen.

(b.) Rotterdam, 8. Nov. Der „Corriere“ meldet aus London: Die Londoner Börse hat seit gestern mit einem Fallen aller Kriegspapiere um fast 40 Prozent auf die Waffenstillstandsbedingungen Rücksicht genommen, die in London bekannt wurden, geantwortet.

W. Washington, 6. Nov. Die bisherigen amerikanischen Gesamtkriegskosten werden auf 90 Milliarden 561 Millionen Dollars geschätzt. Im Oktober allein betrugen sie 1 764 850 000 Dollars, einschließlich der Anleihen an die Verbündeten im Betrage von 280 100 000 Dollars.

Bermischtes.

(b.) Dortmund, 8. Nov. Die Frau, die Tochter und der 16jährige Sohn des Landwirts Hüchenshöfer in Brod-Osbevern, widersetzten sich gegen die Kornbeschlagnahme. Der Sohn schoß dem Gendarm an, worauf ein Hüßgendarm die Frau und die Tochter erschoss und den Sohn verwundete. Der Sohn wurde gefesselt abgeführt. Der Vater befindet sich im Felde.

— Bürgerliche Kleidung für Unteroffiziere und Mannschaften. Vom 1. Januar 1919 an werden Unteroffiziere und Mannschaften, die unbedingten Anspruch auf unentgeltliche militärische Einweisung haben, aus dienstlichen Gründen aber genötigt sind, bürgerliche Kleidung zu tragen und nach den bisherigen Bestimmungen hierfür eine Geldentschädigung erhalten, mit bürgerlicher Bekleidung aus Heresbeständen in Natur ausgestattet. Zur Beschaffung und Unterhaltung von Schuzeug, Wäsche und entsprechender Kopfbedeckung wird eine Entschädigung von monatlich 20 Mk. gewährt, die um 5 Mark, wenn Schuzeug, um 3 Mark, wenn Wäsche, und um 8 Mark zu kürzen ist, wenn Schuzeug und Wäsche aus Heresbeständen geliefert und unterhalten werden. Die Anfertigung der Zivilkleider erfolgt beim Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps in Berlin.

Verantwortlich: Adam Cienne, Ostsch.